Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Vorrathsunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 13,250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 56. Montag den 25. Februar 1878. 72. Jahrgang.

Steuer-Zuschlag

zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Auf Grund von §. 17, Punct 2a und 8 des Gesetzes vom 23. Juni 1868, die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 15. October 1861 betr., haben wir beschlossen, zur Deckung unseres Verwaltungsaufwandes — und zwar, in Gemäßheit von §. 7 der Börsenordnung für Leipzig vom 28. März 1870, einschließlich des Aufwandes der Börse — für das laufende Jahr von den für die Handelskammer Wahlberechtigten (d. h. von den als Kaufleute oder Fabrikanten mit mindestens 30 ℳ ordentlicher Gewerbesteuer Besteuerten in Leipzig und dem Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig)

einen Zuschlag von zwei Pfennigen auf jede volle Mark des ordentlichen Gewerbesteuersatzes

zum ersten Hebetermine erheben zu lassen, und es wird derselbe, nachdem das königliche Finanzministerium an den Kreissteuerrath das Erforderliche verfügt hat, hierdurch ausgeschrieben.

Leipzig, den 20. Februar 1878.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Genfel.

Bauplatz-Verkauf.

Wir beabsichtigen den der Stadtgemeinde gehörigen, an der **linken (Süd-) Seite** des nach der Schwimmanstalt führenden Tracies der **Schrebersträße** rechts von der Plagwitzer Straße an dem Einflusse des Kuhstrangwassers in die Elster gelegenen **Bauplatz Nr. 7** des betreffenden Parcellirungsplanes, Parcelle Nr. 2593 des Flurbuchs, von **3750 □Ellen = 1203 □Meter** Flächengehalt **aus freier Hand zu verkaufen.**

Die Verkaufsbedingungen nebst Situationsplan liegen in unserem Bauamte (Rathhaus, 2. Stockwerk) zur Einsichtnahme aus und sehen wir bezüglichen Kaufsofferten entgegen.

Leipzig, den 15. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cerutti.

Preis-Ausschreiben.

Der Verein zur Förderung des Kunstgewerbes in Braunschweig fordert unter sehr ansprechenden Bedingungen zur Einsendung von Zeichnungen oder Modellen

1) **zu Nähmaschinen für Putzbetrieb,**
2) **zu dergl. „ Handbetrieb,**
3) **zu Entwürfen eines Tapetenmusters nebst dazu gehörender Einfassungsborde**

auf, und hat für die besten Leistungen folgende Preise ausgesetzt:

Nr. 1 **250 ℳ** Nr. 2 **150 ℳ** Nr. 3 **300 ℳ**

Indem wir dies hierdurch zur Kenntniß bringen, bemerken wir, daß die näheren Bedingungen in unserm Bureau, Neukirchhof 13, I. täglich Nachmittags von 3—6 Uhr eingesehen werden können.

Leipzig, den 25. Februar 1878.

Die Gewerbekammer.
O. Klemm, Baumeister, stellv. Vors. Herzog, Secr.

Bekanntmachung.

An der städtischen **Gewerbeschule** sind zu **Ostern d. J. je 5 Freistellen** an Schüler des Tages- und des Abendcurses zu vergeben.

Bewerber um solche Freistellen haben ihre Gesuche, welchen Zeugnisse über den letzten Schulunterricht und über die Bedürftigkeit der Eltern beizufügen sind, bis zum **9. März** d. J. bei uns einzureichen.

Formulare zu den beizubringenden Schulzeugnissen können auf unserer Schulexpedition, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 11. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilisch, Ref.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 24. Februar.

In einer sechsstündigen Sitzung hat der Reichstag am Sonnabend die große Steuerdebatte zu Ende geführt. Naturgemäß waren es die Tags vorher abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers, welche den hauptsächlichsten Ausgangspunct der Ausführungen bildeten. Die Weise, wie Fürst Bismarck die eigentliche Verantwortlichkeit für die gegenwärtigen Vorlagen ablehnte und dem dem Reichstage streng genommenen gar nicht bekannten preußischen Finanzminister zuwies, die auffallende Divergenz in der Beurtheilung des Tabaksmonopols, welche zwischen den Aeußerungen des Fürsten Bismarck und des Herrn Camphausen hervortrat, hatte die Uebelstände der ganz unhaltbar gewordenen Organisation der Reichsfinanzverwaltung in das grellste Licht gesetzt. Mit vollem Recht knüpfte der Abg. Lasker an diese Thatsache seine scharfe und überzeugende Kritik der Reichsorganisation an. Um so größer war die Ueberraschung des Hauses, als darauf Finanzminister Camphausen erklärte, daß ein Meinungsunterschied zwischen ihm und dem Reichskanzler über das Tabaksmonopol gar nicht bestehe, und zum Beweise dessen eine von ihm vor Jahr und Tag verfaßte Denkschrift an den Reichskanzler verlas, in welcher er das Monopol als den allein richtigen Weg zu einer ausreichenden Besteuerung des Tabaks bezeichnet. Herr Camphausen gab in Anknüpfung hieran der Debatte eine höchst merkwürdige Wendung, indem er die Kritik des Abg. Lasker auf sich ganz persönlich bezog. Mit Staunen hörte das Haus, daß Herr Camphausen die vom Abgeordneten Lasker vermißte Fühlung mit der Majorität der Volksvertretung in Bezug auf die vorliegenden Gesetzentwürfe deshalb zu suchen unterlassen hat, weil er hinter den Barziner Besprechungen eine gegen seine Person gerichtete Spitze vermuthet zu haben scheint. In erregtem Tone warf Herr Camphausen der nationalliberalen Partei ziemlich unverblümt vor, ihn verdrängen zu wollen. Der Abgeordnete Lasker selbst constatirte nachher, daß in seinen ganzen Ausführungen kein Angriff gegen die Person des Finanzministers enthalten gewesen. Fürst Bismarck bezeugte die Richtigkeit der Camphausen'schen Denkschrift und wiederholte seine am Freitag abgegebene Erklärung, von Herrn Camphausen sich auch ferner nicht trennen zu wollen, so lange ihre Wege nicht direct auseinander gingen. Herr Camphausen seinerseits hatte vorher mitgetheilt, wie er dem Fürsten Bismarck wiederholt seinen Rücktritt angeboten habe. Der ganze Vorgang machte im Hause einen peinlichen Eindruck, welchem der Abg. Bamberger nachher Worte verlieh. Zugleich erhielten, von allem Persönlichen abgesehen, die unerträglichen Zustände in der Reichsverwaltung dadurch eine neue Illustration. Bemerkenswerth ist, daß Camphausen seinen Rücktritt in Aussicht stellte, sobald er sich mit der Majorität der Volksvertretung nicht mehr in Einklang wisse. — Was die Steuervorlagen selbst betrifft, so war die Frage durch die offen auf das Monopol lossteuernden Erklärungen der Regierungen erheblich vereinfacht. Die Meinungen gingen weit auseinander, und als Resultat der ganzen Verhandlung bleibt nur bestehen, daß die große Mehrheit des Reichstags einig ist, daß die eigenen Einnahmen des Reiches zu vermehren sind und als eine Hauptquelle dieser Vermehrung die Besteuerung des Tabaks zu betrachten ist. Die Vorlagen wurden der Budgetcommission überwiesen und werden dort ihr Grab finden. Was die allgemeinen Reichszustände anlangt, so wird die Mißstimmung, welche die Verhandlung hinterließ, bei der Stellvertretungsdebatte aufs Neue zum Ausdruck kommen.

Die „Nat.-Ztg." schreibt in Bezug auf die Sonnabends-Sitzung des Reichstags: Die Erklärungen des Finanzministers in der heutigen Reichstagssitzung, wie die Erwiderung des Reichskanzlers brachten eine große Bewegung hervor. Die meisten Abgeordneten verließen den Saal, um die in rascher Folge gegebenen merkwürdigen Aufschlüsse zu besprechen. Daß der Finanzminister gestern sein Abschiedsgesuch angeboten hatte, wie gerüchtweise bereits verlautete, hat nach den von ihm gegebenen Erklärungen sich bestätigt. Die Erklärung des Finanzministers, das Schicksal der Steuervorlagen theilen und mit ihnen stehen und fallen zu wollen, stellt gegenüber der feststehenden und nahezu einstimmigen Meinung des Hauses den Ausgang bereits fest. Die tiefe in drastischer Weise zu Tage tretende Bewegung des Herrn Camphausen darf wohl auch als Erklärung für einige sehr bedenkliche persönliche Ausfälle gelten, zu denen er sich hinreißen ließ. Einen merkwürdigen Eindruck brachte es hervor, als Herr Staatsminister Camphausen, im Gegensatz zu gestrigen Aeußerungen von ihm, ein Memoire aus dem Februar 1877 verlas, inhaltlich dessen er damals sich für das Monopol bereits erklärte. Auch der Reichskanzler war während dieser Vorgänge in einer aus den Umständen sehr erklärlichen Erregung.

Der „Weser-Ztg." schreibt man aus Berlin: Im Reichstage machte die Antwort des Reichskanzlers nicht den Eindruck einer vollkommenen Harmonie mit dem Finanzminister, während der Umstand, daß Camphausen sich nur gezwungen über seine Stellung zum Monopol ausgesprochen, den Reichstag also über die Tragweite der Steuervorlage getäuscht hatte, große Aufregung verursachte, welcher Bamberger sehr scharfen Ausdruck gab. Schließlich wurde die Vorlage mit großer Majorität an die Budgetcommission verwiesen und damit thatsächlich abgelehnt. Damit scheint der Rücktritt Camphausen's entschieden. Ehe Fürst Bismarck den Reichstag verließ, hatte er noch eine Besprechung mit Bennigsen. Die früheren Verhandlungen waren nicht abgebrochen, sondern mit Rücksicht auf die auswärtige Lage und die Hoffestlichkeiten sistirt worden.

Der am Sonnabend in Wien bei dem Grafen Andrassy stattgehabte Ministerrath beschäftigte sich mit der Frage der Einberufung der Delegationen.

Der „Magdeb. Ztg." telegraphirt man aus Rom, 23. Februar: Der Papst hat Monsignor Lassagni, welcher interimistisch die Functionen eines Staatssecretairs versieht, zugesagt, ihn im nächsten Consistorium zum Cardinal zu ernennen. Eine definitive Wahl für diesen Posten scheint noch nicht getroffen zu sein; doch soll Cardinal Franchi, ehemaliger Nuntius in Madrid und besonderer Günstling der Exkönigin Isabella, die meiste Aussicht haben. — Die „Italie" theilt einiges Nähere über die Familienverhältnisse des neuen Papstes mit. — Leo hat drei noch lebende Brüder, deren ältester, 84 Jahre alt, ledig ist. Der zweite, 76 Jahre alt, hat vier Söhne und zwei Töchter. Von ersteren hat einer eben seinen Freiwilligendienst in der italienischen Armee beendet; ein zweiter dient noch unter den italienischen Fahnen. Der dritte Bruder des Papstes ist ein gelehrter Professor der Theologie; er war früher Jesuit, ist aber schon vor zwanzig Jahren aus der Gesellschaft Jesu ausgetreten. Der Papst hat ferner zwei seit langer Zeit verheirathete Schwestern. Als Leo gestern die Sixtina verließ, harrten seiner etwa hundert Mann von der Pa.a.gardе in militairischer Aufstellung. „Oho," rief der Papst, „das ist ja eine ganze Armee, ich brauche eine solche im Augenblicke nicht, ich unternehme keinen Krieg!" Desgleichen gab er dem General Kanzler zu verstehen, er bedürfe seiner Dienste nicht mehr. Das vaticanische Schmarotzerthum macht sich mit Schrecken auf einschneidende Sparsamkeitsmaßregeln gefaßt.

Wie „die „Agenzia Stefani" erfährt, findet die Krönung des Papstes voraussichtlich am nächsten Donnerstag in der vaticanischen Basilika statt.

Die spanische Regierung hat die Ausweisung des Pater Mon verfügt, der in einer in der Kathedrale von Huesca gehaltenen Predigt das liberale Regiment in Spanien und die Monarchie des Königs Alfons XII. lebhaft angegriffen hatte.

Der Petersburger „Golos" wendet sich in einem sehr scharfen Artikel gegen die Verzögerungen der russisch-türkischen Verhandlungen und betont besonders, daß es Zeit sei, den sich in die Länge ziehenden Verhandlungen ein Ende zu machen. Entweder solle das englische Geschwader sich nach der Besikabai zurückziehen, oder die Pforte solle einen handgreiflichen Beweis erhalten, daß sie vergeblich auf die Anwesenheit der englischen Monitors im Marmarameere rechne. Man solle der Türkei ankündigen, daß falls der Friede an einem gewissen möglichst nahe zu bestimmenden Tage nicht unterzeichnet werde, die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden würden. (Mittlerweile scheint sich die Lage der Dinge zum Bessern gewendet zu haben.)

Aus New-York, 23. Februar, wird gemeldet: Gestern hat in Toledo eine Nationalconvention von Anhängern des Systems des Fiduciar-Umlaufes der sogen. Greenbacks stattgefunden. Es waren Angehörige von 28 Unionsstaaten anwesend. Die Versammlung nahm mehrere Resolutionen an, in welchen die Bildung einer neuen politischen Organisation unter dem Titel „Nationalpartei" befürwortet wird. Das Programm derselben spricht sich für die Aufrechterhaltung des Fiduciar-Umlaufes der Greenbacks aus, sowie dafür, daß der Regierung allein das Recht zur Ausgabe jeder Art Geld, sei es in Papier, sei es in klingender Münze, zustehen soll. Ferner sprechen sich die Resolutionen für die Abschaffung des Fiduciarumlaufes der Noten der Nationalbank aus; die Silberausprägung soll auf demselben Fuße stattfinden wie die Goldausprägung. Ferner werden befürwortet die Einführung einer Steuer auf die Staatsrenten, die Wiederherstellung der Steuer auf gewisse besondere Einnahmen, die Entwickelung der Hülfsquellen des Landes behufs Hebung der Arbeit, die Verminderung der Arbeitszeit in den Fabriken, die Beschränkung der Einwanderung aus China. Die Convention sprach sich schließlich mißbilligend über die Amendements des Senats zur Bland'schen Silberbill aus.

„Leviathan".

BV. Alte Sagen in jüdischen und christlichen Religionsbüchern erzählen viel von einem fabelhaften Ungeheuer, „Leviathan" genannt, das an riesiger Kraft, Größe und Furchtbarkeit alle anderen Geschöpfe übertreffen soll. Sie schildern die Alles überwältigende und verschlingende Gewalt desselben in so lebhaften Farben, daß ein berühmter englischer Philosoph des 17. Jahrhunderts, Thomas Hobbes, einem Werke, in welchem er ein ideales Phantasiebild des vollkommenen Staates zu zeichnen versuchte, keinen besseren Titel vorzusetzen wußte, als eben den Namen jenes mythischen Ungethüms; denn der Staat, wie er ihn sich denkt, hat ganz die Natur desselben; es ist der absolut despotische Zwangsstaat, in welchem die Allmacht der Staatsgewalt die freie Bewegung der Individuen gleichsam auffängt und verschlingt, in welchem die Gesellschaft, gleichsam in unterschiedslose Atome zerkleinert, im Magen des riesigen Ungeheuers, Staat genannt, aufgespeichert liegt. Die Berechtigung, die Staatsgewalt mit einer solchen schrankenlosen Machtvollkommenheit auszustatten, wird aus der Nothwendigkeit abgeleitet, den ebenso schrankenlosen Egoismus der Menschen, wie er sich im Naturzustande durch „den Krieg Aller gegen Alle" zeige, durch eherne Fesseln zu bändigen und unschädlich zu machen. Auch unsere heutigen socialistischen Staatsweisen könnten, wenn einmal einer von ihnen den Versuch machen sollte, ein Gemälde des vielgepriesenen socialistischen Zukunftsstaates in zusammenhängender systematischer Darstellung zu liefern, ihrem Werk keinen besseren Titel vorsetzen, als den von dem englischen Philosophen gewählten. Denn auch ihr Staat ist ein riesiges, Individuen wie Gesellschaft verschlingendes Ungeheuer, ein mechanisch zusammengehaltener Zwangsarbeitsstaat, welcher der freien Bewegung und Bethätigung der Individuen in wirthschaftlicher Beziehung gar keinen Spielraum mehr übrig läßt; auch er wird aus der Nothwendigkeit abgeleitet, die zerstörenden Folgen des Krieges Aller gegen Alle (nämlich des wirthschaftlichen Krieges, wie er im heutigen „Capitalistenstaate wüthen soll), die Folgen der „anarchischen Concurrenz der Privatcapitale", der „ziel- und bewußtlosen Production von heute", welche die Arbeitskraft und die Güter des Volkes verschleudere und zur Ausbeutung desselben durch eine kleine Zahl von Capitalisten führe, kurz, die Folgen der ganzen „verkehrten heutigen Wirthschaftsordnung" zu beseitigen.

Zu diesem Zweck soll die Gesammtheit als allmächtige Staatsgewalt in Zukunft die Erzeugung, den Umsatz und die Vertheilung der Güter nach ehernem Gesetze, streng einheitlich und zielbewußt leiten und regeln; der Staat allein soll der Besitzer aller Productionsmittel (der Fabriken, Arbeitsinstrumente und Capitalien — soweit nämlich von letzteren im Socialistenstaate überhaupt die Rede sein kann), aller Producte (des Ertrags der collectiven „Nationalarbeit") und alles Grundes und Bodens sein; in riesigen Arbeitscasernen („Nationalwerkstätten") würde er das arbeitende Volk, gegliedert nach Productivgenossenschaften für die verschiedenen Zweige der Industrie und auch Ackerbaugenossenschaften für die Zweige der Landwirthschaft, beschäftigen und zwar zwangsweise; Jeder soll und muß an diesen Arbeiten theilnehmen (arbeiten); es giebt kein anderes Einkommen als Arbeitsertrag; zum arbeitenden Volk würden also auch Gelehrte und Künstler gehören, „die Bewegung würde ihnen ganz wohl thun." Um die Production einheitlich und zielbewußt zu regeln, würden die Wirthschafts- und Controlämter des riesigen collectiven Arbeitskörpers, den die Socialisten ihren „Baal" nennen, das Heer seiner Beamten und Buchhalter (und wie zahllos müßte wohl dieses Heer sein!) periodisch den Bedarf der Gesammtheit und jedes Einzelnen (wohlgemerkt!) ermitteln, und nach diesen Erhebungen würde der Betrag der von der Gesammtheit zu erzeugenden Güter und der dem Einzelnen zukommenden Lebensbedürfnisse (des individuellen Haushaltsverbrauchs!!) von Staatswegen vorgeschrieben; riesige Lagerräume, der Controle jener Wirthschaftsämter unterstehend, würden die Erzeugnisse der Nationalarbeit aufbewahren. Von ihnen aus würde der Staat wie der Einzelne sein Einkommen beziehen; beide also nur in Producten; denn Geld kennt der consequente Socialistenstaat nicht, es wird als der Grund alles Uebels von den Socialistenführern mit bitterem Hasse verfolgt. Nachdem also das zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates d. h. des Collectivarbeitskörpers Nöthige aus den öffentlichen Vorrathshäusern ausgeschieden (das wäre dann der Ersatz für unsere Steuern!), würde das Uebrige an die arbeitenden Bürger des Staats gegen Vorzeigung ihrer „Arbeitschecks", die von der socialistischen Lagerbuchhaltung (wie groß müßte die wohl sein?) ausgestellt wären, vertheilt. Diese Arbeitschecks wären nämlich das Geld im Socialistenstaat; „gesellschaftliche Arbeitszeit" wäre das einzige Werthmaß; da die Summe der nationalen Arbeitszeit (der vom Collectivarbeitskörper geleisteten) der Summe der von der Gesammtheit producirten Güter ungefähr gleichwerthig sein soll, so wäre dann eine Stunde individueller Arbeitszeit als der so und so viel tausendmillionste Bruchtheil der Gesammtarbeitszeit gleich dem ent-